

INTERVIEW

«WIR HABEN DEN USA DURCHAUS ETWAS ZU BIETEN.»

*Interview mit Markus Seiler,
Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)*



Herr Seiler, was hat Sie, seit Sie NDB-Direktor geworden sind, am stärksten überrascht?

Markus Seiler: Der Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011. Die ursächlichen Faktoren, die Bruchlinien und Spannungen, die in der ganzen Region vorhanden waren, die hatten wir zuvor relativ gut beschrieben. Wir hatten eine klare Vorstellung von Ägypten nach Mubarak. Wir wussten, dass dort eine Art Dampfkochtopfsituation herrschte. Solche Bruchlinien und Spannungen sahen wir auch in anderen Ländern, etwa in Algerien. Wir können beschreiben, wo die Wahrscheinlichkeit grösser ist, dass ein politisches Erdbeben eintritt, und wo sie kleiner ist. Aber wir können nicht genau sagen: Morgen um 12 Uhr gibt es hier ein Erdbeben. Der Arabische Frühling war für uns daher eine Überraschung.

Hat Sie auch der Verlauf des Arabischen Frühlings überrascht?

Hier waren wir eigentlich ziemlich treffsicher, indem wir schon im Frühjahr 2011 warnten, eine Erwartung zu haben wie 1989 in Osteuropa, als sich alles sehr problemlos ergeben hat, wäre falsch. Wir prognostizierten vielmehr, es werde eine wechselhafte Auf- und Ab-Situation geben. Wahlen seien nicht das Ende einer demokratischen Entwicklung, sondern deren Anfang – wenn überhaupt. Es würde sehr lange dauern, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Auch dass es die Monarchien sind, die stabil sind, da waren wir ebenfalls treffsicher. Worauf wir auch stolz sind: Wir hatten von Beginn an gesagt, dass das syrische Assad-Regime lange durchhalten würde. Das sagten wir schon Mitte 2011 und hielten daran auch 2012 und 2013 fest. Erst seit kurzem sehen wir langsam Zerfallserscheinungen.

Was hätten Sie sonst so nicht erwartet in den letzten Jahren?

Bei den Snowden-Enthüllungen 2013 übertrafen die bekannt gewordenen Methoden und der Umfang der aufgewendeten Ressourcen, qualitativ und quantitativ, sicher die damaligen Kenntnisse und Erwartungen. Dass spioniert wird, immer mehr mit Cyber-Methoden, dass die

«Snowdens Enthüllungen betreffen immer nur das Verhältnis zwischen den USA und Europa.»

Schweiz und besonders das internationale Genf als Spionageziel interessant ist, das wussten wir. Aber dass fast flächendeckend und auch zu einem grossen Teil die Software-, Hardware- und Komponentenindustrie

eingespannt wurde, freiwillig oder unfreiwillig, das war ein beeindruckendes Zeichen. Bei Snowden fällt uns mittlerweile auf, dass immer nur Informationen bekannt werden, die das Verhältnis zwischen den USA und Europa betreffen. Das lässt doch darauf schliessen, dass da eine politische Agenda im Spiel ist. Das, was passiert ist, hat auch die Beziehungen zwischen eigentlich befreundeten Nachrichtendiensten belastet.

Wie überrascht waren Sie 2013/14 vom starken Anwachsen westlicher Dschihadreisen nach Syrien?

Das Phänomen der dschihadistischen Reisen hat uns nicht überrascht. Wir haben dieses Thema bereits 2012/2013 in unserer Jahresberichterstattung prominent ausgeführt und wurden dafür von gewissen Kreisen kritisiert. Uns wurde Alarmismus vorgeworfen und sogar unterstellt, dass wir damit Werbung für das neue Nachrichtendienstgesetz machen würden. Das Thema schaffte es dann im Sommer 2014 in die Medien. In der Folge trugen wir vom NDB dazu bei, dieses einzuordnen und gewisse Übertreibungen ein Stück weit zu relativieren.

Und Putins Russland – hatten Sie das Szenario eines Ukraine-Konflikts auch bereits frühzeitig auf dem Radar?

Bei Russland sehen wir das gleiche Phänomen wie bei den Dschihadreisenden. Wir hatten schon relativ früh darauf hingewiesen, dass Russland erstarkt war und seine Position aggressiver zu vertreten begann. Inzwischen sagen wir aber auch, dass alles getan werden sollte, damit das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland nicht wieder dau-

erhaft in eine Eiszeit gerät. Sie sehen: Oft warnen wir frühzeitig und es wird uns nicht so recht geglaubt. Und wenn dann die Entwicklung tatsächlich eintritt, müssen wir bei überschüssenden Reaktionen wieder gegensteuern.

Hatten Sie vor dem Krim-Szenario und der militärischen Destabilisierung der Ostukraine konkret gewarnt, oder ging es eher um eine allgemeine Prognose der russischen Sicherheitspolitik?

Das Krim-Szenario hatten wir so nicht vorausgesagt, aber wir hatten im Mai/Juni 2013 gesagt, dass wir für Ende dieses Jahrzehnts eine Situation sehen, in der gewisse Staaten, darunter die Ukraine und Weissrussland, zwar rechtlich noch souverän sein würden, aber wirtschaftlich und politisch sehr stark von Russland dominiert. Dafür gab es 2013 keinen Applaus von diplomatisch oder international interessierten Beobachtern. Inzwischen haben uns die Ereignisse leider mehr als Recht gegeben.

NACHRICHTENDIENSTE GESTERN UND HEUTE

Ist die Vorhersage strategisch bedeutsamer Entwicklungen heute insgesamt schwieriger geworden?

Ja. Wenn wir die heutige Zeit mit dem Kalten Krieg vergleichen, dann ist es heute eindeutig schwieriger geworden. War die Bedrohung damals grösser? Sicher, es gab die Bedrohung der gegenseitigen Vernichtung. Aber davon abgesehen war alles relativ stabil und berechenbar. Heute ist diese Bedrohung weggefallen und wir haben stattdessen eine sehr viel komplexere Situation. Es ist ein Übergang von einer unipolaren Welt mit den USA als Hegemon zu einer multipolaren Welt. Wir haben mehr Akteure, auch mehr nichtstaatliche Akteure. Die sozialen Medien haben auch zu einer Beschleunigung geführt. Ich würde in diesem Zusammenhang nicht von Globalisierung reden, die gab es eigentlich schon immer. Aber es hängt alles stärker zusammen, so dass insgesamt bei Beobachtern oft der Eindruck von Chaos entsteht. Wir vom NDB würden es nicht als Chaos bezeichnen, sondern als sehr komplexe Situation. Wenn man überrascht wird, ist es oft das Zusammentreffen von verschiedenen Faktoren.

«Das Phänomen der dschihadistischen Reisen hat uns nicht überrascht.»

Aber die Informationsrevolution hat das Problem der Antizipation schon verschärft, weil auch für den NDB die Flut an Informationen grösser geworden ist, oder?

Wenn ein Nachrichtendienst den Anspruch hatte, als Erster über ein Ereignis zu informieren, dann können wir sagen, das war einmal. Das ist schon lange nicht mehr unser Anspruch. Jeder findet alles, was ihn interessiert, im Internet. Damit können wir nicht konkurrieren. Unser Mehrwert ist nicht, dass wir schneller als die anderen sind. Sondern, dass wir Ereignisse einordnen können, dass wir sagen können, warum etwas passiert, und dass wir vorausschauen und sagen können, welche Entwicklungen wir erwarten und warum. Das ist unser echter Mehrwert: Prognosen wagen und Szenarien entwickeln. Unser Vorteil, beispielsweise gegenüber Journalisten oder Wissenschaftlern ist, dass wir über Informationskanäle verfügen, über die diese nicht verfügen. Wir bekommen durch nachrichtendienstliche Methoden zusätzliche Informationen.

«Das ist unser echter Mehrwert: Prognosen wagen und Szenarien entwickeln.»

Selten sind diese Informationen allein für sich genommen so viel wert, dass man deswegen einen Nachrichtendienst gründen müsste, aber sie er-

lauben uns, entscheidende Wissenslücken zu füllen und gewisse Dinge klarer zu sehen – und das ist der Mehrwert für unsere Kundschaft, die Entscheidungsträger, denen wir eine Antwort geben müssen auf die Fragen: Was passiert als nächstes und was müssen wir tun?

Ist es auch schwieriger geworden zu wissen, wem man trauen kann, also wie sehr man einer Quelle trauen kann?

Falschinformationen und Nachrichtenschwindel gab es schon immer. Für uns ist eine gesunde Skepsis wichtig. Wir gehen nicht mit der Vorstellung durchs Leben, dass alles, was im Internet steht, stimmt. Wir nutzen auch offene Quellen. Schwierig ist es, das Richtige zu finden und zu bewerten, das ist unsere Aufgabe. Das haben wir auch in der Snowden-Affäre gesehen. Es wurden sehr viele Dokumente publiziert, aber zu gewissen Behauptungen gibt es bis heute keine Dokumente. Zum Beispiel, dass in Genf ein Schweizer Banker gefügig gemacht worden sei, indem man sich auf amerikanischer Seite als Polizei ausgegeben habe, oder die Behauptung, der NDB hätte mit der NSA

zusammengearbeitet, aufgrund eines Zeitungsausschnittes. Das kann jeder schreiben. Wir sehen, dass zum Teil leider viel zu unkritisch mit Informationen umgegangen wird.

Hat denn generell die Rolle von Geheimdiensten in einer immer komplexer gewordenen Welt zugenommen?

Ja, denn je komplexer die Welt, desto höher der Bedarf an Instanzen, die dabei helfen können, zu sagen, wie die Zukunft aussehen könnte. Je kleiner, und das gilt insbesondere für die Schweiz, die Sicherheitsapparate, desto wichtiger ist die Fähigkeit zu antizipieren – so gesehen haben wir in der Schweiz nicht nur die wachsende Komplexität, sondern müssen uns auch fragen: Haben wir noch strategische Sicherheitsreserven? Deshalb ist der Bedarf an nachrichtendienstlichen Leistungen gestiegen.

Man müsste also eigentlich in den Nachrichtendienst investieren?

Ja, das müsste man. Und zwar nicht nur, weil die Welt komplexer und insgesamt auch bedrohlicher geworden ist, sondern weil die Sicherheitsreserven, über die ein Staat verfügt, kleiner geworden sind und es umso wichtiger ist, dass die Mittel auf die wahrscheinlichen Szenarien hin orientiert werden.

Umso grösser ist dann aber der Druck, dass der NDB mit seinen Prognosen nicht daneben liegt.

Genau. Das sehen wir auch bei sogenannten kleineren Dingen wie einer 1. Augustfeier, dem WEF, dem OSZE-Gipfel in Basel oder dem G7-Gipfel in Deutschland. Da fragt man uns immer: Passiert etwas? Wie ist die Bedrohungslage? Wir stellen fest, auch bei sogenannten kleineren Dingen schaut man nach Bern und möchte gerne von uns eine Aussage. Der Dank, wenn wir richtig gelegen haben, den geben wir uns dann meistens selber. Aber wenn wir danebenliegen, wenn die Schweiz danebenliegt, dann sind alle froh, wenn man sagen kann, der NDB hat die Gefahr nicht gesehen. Das tönt etwas zynisch. Aber das ist Teil unseres Selbstverständnisses, dass die Erfolge eines Nachrichtendienstes selten gefeiert und öffentlich geteilt werden können. Unsere Misserfolge und Pannen jedoch, die werden in der Regel öffentlich diskutiert. Manchmal können Sie unsere Erfolge erahnen: Bei den in der Schweiz abgehörten Iran-Gesprächen, da hatten wir frühzeitig Informationen

und konnten diese auswerten und den Bundesrat und die Strafbehörden orientieren. Es konnte gehandelt werden, bevor die Sache medial bekannt wurde. Hier konnte sogar in den Medien gelesen werden, am Anfang stand eine Leistung des NDB und nicht ein Tipp eines ausländischen Partnerdienstes.

TRANSPARENZ VS. GEHEIMHALTUNG

Die Bedeutung von Nachrichtendiensten allgemein wächst, auch in der Schweiz, aber gleichzeitig wächst auch die Erwartung in der westlichen Öffentlichkeit, dass alles möglichst transparent ist, was staatliche Organisationen und Institutionen anbelangt. Was bedeutet das für einen modernen Nachrichtendienst?

Das ist eine enorme Herausforderung. Nur schon dass wir jetzt hier zusammensitzen zeigt, wie sehr wir uns geändert haben. Früher war es doch so: Solange man nichts hörte von einem Nachrichtendienst, war es gut. Das ist schon lange vorbei. Nicht nur wegen der Medien und dem Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung, sondern auch, weil die «Sponsoren», also Regierung und Parlament, wissen wollen, was sie für ihr Geld bekommen. Wir konkurrieren auch um den knappen Steuerfranken. Die Schwierigkeit ist, dass wir versuchen, eine Vorstellung darüber zu geben, was wir tun, aber gleichzeitig müssen wir das, was geheim bleiben muss, geheim halten. Die Auflösung dieses Dilemmas geht in einer Demokratie über starke Aufsichtsorgane, die alles sehen dürfen, aber das, was sie sehen, ob es ihnen gefällt oder nicht, mit uns und mit der Regierung besprechen und allenfalls für Korrekturen sorgen dürfen, aber halt nicht in der Öffentlichkeit. Wir merken vor allem, dass im Bereich der Medien häufig bezweifelt wird, ob diese Aufsichtsorgane nicht zu zahm sind und uns einfach machen lassen und uns alles glauben. Dem ist nicht so. Im Gegenteil: Wir haben keinen Mangel an kritischer Begleitung. Aber weil dies nicht auf dem öffentlichen Marktplatz stattfindet, wird es manchmal als nicht-existent angeschaut. Das ist die grösste Schwierigkeit. Die Auflösung dieses Dilemmas in einer Mediendemokratie.

Sehen Sie es als Ihre Aufgabe an, die Arbeit des NDB auch mehr in der Öffentlichkeit darzustellen?

Ja, durchaus. Wir begannen vor fünf Jahren, einen Jahresbericht zu veröffentlichen, mit einer Medienkonferenz. Das gab es früher nicht und es war auch intern umstritten. Es hiess: Was soll das? Unser Kunde ist die Regierung, weshalb machen wir so etwas? Wir können zwar im Jahresbericht nur einen kleinen Teil, sozusagen die Spitze, den sichtbaren Teil des Eisbergs, darstellen. Aber wir haben damit trotzdem erreicht, dass man sieht, was wir machen. Und wenn man über eine Bedrohung in der Schweiz sprechen will, journalistisch oder anders, dann beginnt man in der Regel mit unserem Jahresbericht. Das ist ein sichtbares Zeichen, dass wir als Referenzgrösse dienen. Man kann dann sagen, wir sehen es gleich oder anders wie der NDB. Das kann auch dazu beitragen zu verstehen, was ein Nachrichtendienst macht, was seine Aufgabe ist. Die Grundaussage ist immer die gleiche: Wir sind kein Geheimdienst. Unsere Existenz ist nicht geheim, aber gewisse Schwerpunkte der Arbeit, die Methoden, die Quellen, das muss geheim bleiben. Wir müssen deshalb immer die Balance finden zwischen Öffentlichkeitsarbeit und unserer Glaubwürdigkeit als Nachrichtendienst, auch gegenüber ausländischen Partnerdiensten.

HYPE UM DSCHIHADKÄMPFER

Den Islamischen Staat nannten Sie eingangs abgesehen von den Dschihadreisenden nicht? Hat Sie diese Entwicklung also nicht überrascht?

Mit dem Aufkommen dschihadistischer Gruppen war zu rechnen, es gab ja auch andere Terrorgruppen und es gibt sie immer noch. Aber der rasante Aufstieg des IS 2014 war auch für uns eine grosse Überraschung. Was uns alle etwas ratlos hinterlassen hat, war der unmittelbare Zusammenbruch der irakischen Armee. Dadurch fielen dem IS auch noch eine Menge Waffen in die Hände. Damit haben die Amerikaner nicht gerechnet, und wir auch nicht. Der Islamische Staat ist heute mehr als eine Terrorgruppe. Und wenn man ihn durchdringen will, muss man das auch verstehen. Der IS ist heute ein Akteur, der Einfluss hat auf eine grosse Bevölkerungszahl, er kontrolliert eine grosse Fläche, er hat grosse Anziehungskraft und eine Vision – das alles ist mehr, als die Kaida oder eine andere Terrorgruppe hat. Das macht den IS zu einem Akteur in der Region, der so schnell nicht mehr verschwinden wird. Seine grösste Stärke ist die Schwäche seiner Gegner und die Abwesenheit einer Gegenstrategie.

Was kann man denn als NDB überhaupt tun, um über eine solch geschlossene Formation wie den IS Informationen zu sammeln?

Das ist beim IS tatsächlich nicht so einfach. Aber wir arbeiten mit dem üblichen Instrumentarium, wobei dem Einsatz menschlicher Quellen gewisse Grenzen gesetzt sind. Wir würden nicht alles tolerieren, was eine Quelle beim IS allenfalls mitmachen müsste. Die Aufklärung und Informationsbeschaffung basiert deshalb auch auf indirekten Auskünften, auf Fernmeldeaufklärung, auf der Zusammenarbeit mit Partnerdiensten sowie auf Berichten von Personen, die in Syrien oder im Irak waren. Für uns steht neben dem Verständnis, womit man es zu tun hat, auch die Schweiz-Relevanz im Zentrum, also inwieweit Personen aus der Schweiz betroffen sind, die nach ihrer Rückkehr aus Syrien für die Schweiz möglicherweise eine Gefahr darstellen.

Im letzten Spätsommer gab es in der Schweiz einen medialen und parlamentarischen Hype um das Thema der «Foreign Terrorist Fighters». Was hat sich daraus für den NDB an speziellen Herausforderungen ergeben?

Der Hype ist für uns zu einem grossen Teil durch verschiedene Faktoren erklärbar. Wir hatten das Thema zwar schon einige Zeit vorher lanciert, ähnlich wie Ihr Institut mit einzelnen Studien, aber es wurde gesagt, wir würden übertreiben.

«Der unmittelbare Zusammenbruch der irakischen Armee hat uns alle ratlos hinterlassen.»

Dann kam der Anstieg der Zahlen ab Sommer 2014. Im Herbst 2014 entschied ich zusammen mit dem Verteidigungsdepartement, dass wir die Zahlen von Schweizer Dschihadkämpfern fortan einmal pro Monat veröffentlichen würden. Das mag anfänglich sogar zur intensiveren Berichterstattung beigetragen haben. Wir sind aber zu Recht davon ausgegangen, dass die Zahlen ein-, zwei-, dreimal in den Medien gross gebracht werden, es aber später nur noch eine Notiz wert sein würde, ähnlich wie Arbeitsmarkt- oder Wohnungsmarktzahlen, sofern sich nicht massive Veränderungen ergeben. Der Grund, warum wir diese Zahlen seither regelmässig veröffentlichen, ist, dass es zunehmend Akteure gibt, die eigene Zahlen in die Welt setzten. Es ging uns auch darum zu sagen, das ist unsere beste Schätzung, sie basiert auf klaren Regeln. Dann kann sich jeder äussern und sagen: Nein, es sind doppelt so

viele oder halb so viele Dschihadreisende aus der Schweiz. Aber wenn wir weiterhin nichts gesagt hätten, dann wären Spekulationen angeheizt worden, es wäre Unklarheit entstanden, man hätte uns vielleicht auch vorgeworfen, wir hätten keine Ahnung. Dann kamen die Bilder aus Syrien und aus dem Irak, und wenn Sie die Zahlen anschauen, wie sie sich entwickelt haben, das war eine massive Zunahme, auch in der Schweiz, wenn auch auf deutlich tieferem Niveau als in den umliegenden Ländern. Schliesslich gab es auch Terroranschläge von Syrienrückkehrern in Westeuropa. Man hatte das Gefühl, die Anschläge kommen immer näher an die Schweiz heran.

Wobei zuletzt dschihadistische Terroranschläge nicht von Syrienrückkehrern ausgeübt wurden...

Nein, es waren oft nicht Syrienrückkehrer, sondern selbstradikalisierte Dschihadisten. Das zeigt: Syrienrückkehrer sind nicht die einzige Gefahr, wenn man die terroristische Bedrohung der Schweiz anschaut. Da spielen *Foreign Fighters* eine Rolle, auch Gewaltbereite, auch solche, die sich in sozialen Medien radikalisiert haben, und nicht zuletzt auch Opportunistätäter, die, wenn sie einmal im Schengenraum sind, irgendwo zuschlagen können.

Für den NDB bleibt aber das Horrorszenario, dass morgen ein Syrienrückkehrer, der im Visier des NDB war, am HB Zürich einen Selbstmordanschlag durchführt. Wenn die Anzahl der Schweizer Syrienrückkehrer wächst, dann bindet dieses Phänomen auch mehr Ressourcen im NDB. Ist das ein Problem für den NDB, weil damit zu viele Ressourcen in diese Problematik fließen und für andere Bedrohungen weniger Ressourcen zur Verfügung stehen?

Es ist sicher so, dass im Moment relativ gesehen am meisten Ressourcen beim NDB, aber auch bei den staatsschützenden und terrorismusbekämpfenden Stellen in den Kantonen in den Bereich Terrorismusbekämpfung und -prävention fliesst. Wir haben aber auch andere Aufgaben, die massiv an Bedeutung gewinnen, Spionageabwehr etwa. Wir haben die rechtlichen Mittel nicht dazu und schon gar nicht die personellen Mittel, um alle Rückkehrer und potenziell gefährlichen Personen zusammen mit der Polizei 24 Stunden zu beobachten. Das dürfen wir nicht, und selbst wenn wir es dürften, könnten wir es nicht. Das würde zu viele Mittel binden. Sie sehen das in Frankreich. Dort

herrscht eine robuste nachrichtendienstliche und polizeiliche Situation. Aber wenn da tausende von potenziell gefährlichen Dschihadisten überwacht werden müssten, dann überfordert das den Apparat. Es braucht also immer eine Risikoabwägung, und die Nachrichtendienste kümmern sich um die wahrscheinlichsten oder potenziell gefährlichsten Fälle. Umso wichtiger ist es, dass man jeden einzelnen Fall, wenn man ihn kennt, anschaut und sagt, ob es ein Problem ist, das man mit polizeilichen Mitteln oder anders angeht. Letztlich ist bei einer Person, die von den Sicherheitsbehörden observiert werden muss, vorher schon sehr vieles schiefgegangen. Wenn Sie mittel- oder langfristig das Phänomen eindämmen wollen, dann müssen Sie andere Akteure in die Pflicht nehmen, insbesondere die Kantone.

Diese Risikoeinschätzung muss der NDB machen. Wie schwierig ist es, ein möglichst gutes Gefühl dabei zu haben, die 10 Prozent potenzieller Terroristen zu finden unter den Rückkehrern?

Das ist natürlich schwierig. Das machen wir zusammen mit den Kantonen, mit der Polizei und anderen Sicherheitsdiensten. Es ist ja nicht so, dass die Schweiz von Bern aus am besten verstanden wird. Die konkrete Bedrohungslage wird immer von jenen am besten verstanden, die vor Ort sind und diese Leute kennen. Wir in Bern aggregieren das und erstellen ein umfassendes Lagebild, und aus diesem heraus machen wir die Bedrohungslage Schweiz. Aber was die Einzelfälle angeht, so ist die Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsdiensten, auch mit den Kantonen, wichtig.

Aber am Schluss macht der NDB eine Einschätzung, wie man einen Syrienrückkehrer einschätzt?

Genau. Wir machen eine Prognose. Dann liegen wir richtig oder falsch.

PUTINS RUSSLAND

Wenden wir uns dem Thema Russland zu. Sie haben vorher gesagt, dass es Sie nicht überrascht hat, dass Russlands Aussenpolitik aggressiver geworden ist. Hat es Sie das Ausmass der russischen Propaganda überrascht?

Ja, wobei nicht nur Russland Propaganda und Meinungsbildung betreibt. Aber was wir sehen, wenn wir Russland anschauen, im Vergleich mit

den 1990er-Jahren, ist, dass sich insgesamt die militärischen Fähigkeiten stark verbessert haben. Das sieht man auch an den Konflikten, Tschetschenien, Georgien, Krim. Auch die Fähigkeiten zum Einsatz der militärischen Mittel in allen modernen Ausprägungen, in dieser hybriden Form, wurden besser. Aber das ist nicht nur eine Spezialität von Russland, da sind auch andere Staaten am Werk.

Der Umgang mit der russischen Propaganda ist keine spezielle Herausforderung für den NDB?

Es stellt sich einmal mehr die Frage: Was können wir glauben, was ist wirklich wahr? Und was ist nur gut gemachte Propaganda? Aber dieses Problem stellt sich auch bei anderen Themen, zum Beispiel bei der Proliferation. Wenn wir bei Ländern mit Exportrestriktionen nicht selber in der Lage sind einzuschätzen, ob ein Exportgesuch harmlos ist oder ob etwas in die falschen Hände geraten könnte, sind wir abhängig von Hinweisen Dritter. Diese Hinweise können nun richtig sein oder sie können auch dazu dienen, eine Schweizer Firma gegenüber einer ausländischen Konkurrenten schlecht zu machen oder ihr ein Geschäft kaputt zu machen. Wer die Fähigkeit nicht hat, solche Probleme selbst einzuschätzen, ist abhängig von anderen. Die Erwartung, dass man dann dort immer ohne Interessen die reine, objektive, richtige Information kriegt, das wäre sehr naiv.

«Wir halten die Wahrscheinlichkeit eines «russischen Maidans» für unwahrscheinlich.»

*Sie sagten zuvor, es geht im Verhältnis des Westens zu Russland vor allem darum, zu vermeiden, dass sich eine Eiszeit manifestiert. Wie schätzen Sie denn die Entwicklungen in Russland unter Putin, oder wenn Sie die Glas-
kugel nehmen, nach Putin ein? Was würden Sie erwarten?*

Ich glaube, in Russland ist man, so wie wir es jetzt sehen, bereit, einen Preis zu zahlen für die vorherrschende Politik. Das Volk ist auch bereit dazu, und diese Politik ist relativ konsolidiert, die Gruppe um Präsident Putin. Wir gehen nicht davon aus, dass bei einem unerwarteten Wechsel an der Staatsspitze sich etwas fundamental verändern würde.

Das heisst, der Westen muss mit Putins Russland leben, aber versuchen, die konfrontativen Elemente zu entschärfen.

Die Problematik ist, dass die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht einfach so als ungeschehen angeschaut werden kann. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich dieses Problem rasch löst. Der Anlass ist damit gegeben für eine langandauernde schwierige Phase. Darum ist es wichtig, dass sich gerade ein Land wie die Schweiz immer wieder überlegt, wo es Anknüpfungspunkte gibt, um bei allen Differenzen auch wieder gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Das gelang der Schweiz ja unter ihrer OSZE-Präsidentschaft sehr gut. Das ist seither etwas verlorengegangen.

Wie viel Kredit geben Sie russischen Oppositionellen? Als wie gross erachten Sie die Wahrscheinlichkeit eines «russischen Maidans»?

Das halten wir für unwahrscheinlich.

SPIONAGEABWEHR UND CYBERRISIKEN

Wir möchten nochmals gerne auf Genf und die Spionageabwehr eingehen. Sie haben vorher gesagt, das sei nichts Neues, Genf war immer im Visier. Aber für die Schweiz ist es doch peinlich, wenn sie im Rahmen ihrer aktiven Neutralitätspolitik hochrangige vertrauliche Gespräche zu Syrien oder dem iranischen Atomstreit anbietet, dann müsste doch die Grundvoraussetzung sein, dass Gäste wie John Kerry darauf vertrauen können, dass ihre Gespräche nicht abgehört werden und sie offen sprechen können. Wie sehen Sie diese Problematik, gerade auch mit Verbindung zum Image der Guten Dienste der Schweiz?

Internationale Konferenzen in der Schweiz, aber eigentlich überall, werden als sicher wahrgenommen, wenn möglichst viele Polizeieinsatzkräfte vor einem Hotel stehen. Wie nun dieser jüngste Fall gezeigt hat, nützt das zwar für die physische Sicherheit der Teilnehmer, nicht aber für die Unversehrtheit der Verhandlungen. Es nützt der Schweiz wenig, wenn Staaten sagen, wir spionieren nicht gegen die Schweiz und ihre Interessen, sondern es interessiert uns «nur», was an internationalen Konferenzen verhandelt wird. Denn als Gaststaat laden wir diese Teilnehmer ein. Und wenn ich zuhause Gäste habe, dann habe ich auch ein Problem, wenn ihnen ins Auto eingebrochen wird oder ihnen das Portemonnaie gestohlen wird. Dann kann ich nicht sagen, das ist mir egal, mir ist ja nichts passiert. Die Schweiz hat hier eine Verantwortung und jene, die diese Veranstaltungen ausrichten, auch. Hier ist in Erinnerung zu ru-

fen, welchem Akteur welche Verantwortung zukommt. Es ist bei weitem nicht so, dass zum Beispiel der NDB für die Hackersicherheit in einem Hotel zuständig ist. Im Gegenteil. Hier greift die Eigenverantwortung der wirtschaftlichen Akteure und die Verantwortung derjenigen, die eine solche Konferenz durchführen. Und am Schluss nützt natürlich alles nichts, wenn jeder Teilnehmer selbst weiss, dass er mit seinem Gerät nicht auf ein Hotel-WLAN zugreifen sollte – es aber dann trotzdem tut.

Am Schluss setzt sich Bequemlichkeit oft vor Sicherheitsbedenken durch.

Leider. Es geht darum, das individuelle Verhalten zu schulen und die Akteure an ihre Verantwortung zu erinnern. Wo staatliche Spionage vermutet wird, da sind wir als Nachrichtendienst gefragt. Aber wir haben hier auch stark beschränkte Mittel. Wir dürfen in der Schweiz niemanden abhören, kein Telefon anzapfen. Einen Spion beobachten, wie er in ein Hotel hineingeht und wieder herauskommt, das ist nur bedingt hilfreich. Deshalb setzen wir in der Spionageabwehr sehr stark auf Prävention. Mit dem Programm «Prophylax» haben wir seit zehn Jahren über tausend Firmen angesprochen und geschult, mittlerweile zunehmend auch im Bereich Forschung/Wissenschaft. Jetzt gerade haben wir die entsprechende Broschüre überarbeitet und in den nächsten Monaten werden wir auch mit einem Lehrfilm versuchen, Schweizer Firmen weiter zu sensibilisieren.

Haben hier die Enthüllungen durch Snowden über die weitgehende Kooperation von US-Industriefirmen mit der NSA zu einem Umdenken geführt?

Nicht zu einem Umdenken. Aber es hat sicher dazu geführt, dass die Sensibilität für die Problematik massiv gestiegen ist. Und dass man auch dem Thema «Cyber» nun die nötige Aufmerksamkeit schenkt. Früher dachte man, Cyber kann man nicht sehen, also gibt es Cyber nicht. Es wurde als Modebegriff angesehen. Heute wird Cyber ernst genommen, auch Spionage als Thema wird wieder ernst genommen. Man sagt nicht mehr, die Schweiz sei ein neutrales Land, eine offene Demokratie, es gäbe nichts zu verstecken, und warum kommt der Nachrichtendienst immer noch mit dem Thema Spionage? Nein, diese Diskussion, die wir nach dem Ende des Kalten Krieges hatten, ist inzwischen einer sehr ernsthaften Auseinandersetzung um Spionage gewichen, und dazu hat Snowden sicherlich beigetragen.

KOMPETENZEN UND ÖFFENTLICHE KRITIK

Zum neuen Nachrichtendienstgesetz: Kritisiert wird ja unter anderem der Einsatz von Staatstrojanern. Was sagen Sie zu Kritikern, die sagen, dass dies ausgenutzt werden könnte und dass unbescholtene Bürger ausspioniert und so der gesetzliche Auftrag umgangen werden könnten?

Ich verstehe die Angst, als Bürger würde ich diese Ängste auch haben. Aber ich würde empfehlen, dass man nicht nur seinen Ängsten folgt, sondern dass man das Gesetz hervornimmt und es sich anschaut. Es ist gut lesbar. Dann sieht man, dass es da sehr viele Massnahmen gibt, die eben verhindern, dass der NDB zu einer «Mini-NSA» verkommt. Die invasiven Mittel, die wir anwenden dürfen, sind sehr beschränkt. Es handelt sich um wenige Fälle pro Jahr, und diese müssen politisch und durch Gerichte im Einzelfall abgesegnet werden. Das Ganze wird zudem durch die Aufsichtsorgane begleitet. Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass im NDB nicht

«Auch mit dem neuen Gesetz verkommt der NDB nicht zu einer «Mini-NSA».

loyale Staatsdiener arbeiten, wie es aber der Fall ist, sondern alles nur Leute, die nichts anderes wollen als die Gesetze zu umgehen, selbst

dann müsste man zum Schluss kommen, dass das nicht so einfach möglich wäre. Und da gilt es festzuhalten: Für unsere Mitarbeitenden ist es unerträglich, wenn sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass man ihnen einen Generalverdacht unterschiebt. Meine Mitarbeiter sind Bundesangestellte, sie unterliegen einer Treuepflicht wie jeder andere auch. Dieser Vertrauensvorschuss ist ihnen genauso, wenn nicht mehr, zu gewährleisten, wie allen anderen Bundesangestellten, weil sie alle auf der höchsten Stufe sicherheitsgeprüft sind, was beim Rest des Bundes längst nicht der Fall ist. Diese Unterstellung, man arbeite im NDB um zu lügen und zu betrügen, das finde ich das Unerträglichste am aktuellen Diskurs.

AUSTAUSCH MIT PARTNERDIENSTEN

Sie hören es wohl nicht gerne, aber man hört immer wieder, dass Erfolge des NDB auf Tipps von ausländischen Partnerdiensten – gemeint sind meist US-Geheimdienste – beruhen. Der NDB darf ja Emails in der Schweiz nicht lesen oder Telefone abhören. Ist das nicht eine rechtliche Grauzone, dass der NDB aus dem Ausland von Schweizer Emails oder Telefonaten abgehörte

Informationen von Partnerdiensten verwenden kann, um Terroranschläge zu verhindern oder illegalen Export nach Syrien aufzudecken. Wie sehen Sie dieses Dilemma?

Da gibt es zwei Seiten. Wer sagt, der Schweizer NDB ist ein kleiner Dienst und gesetzlich sind ihm in vielen Bereichen die Hände gebunden, deshalb ist er zum Beispiel im Bereich der Terrorbekämpfung auf ausländische Hinweise angewiesen, der hat Recht. Wobei es übrigens längst nicht nur amerikanische Hinweise sind. Wenn diese Personen sagen, man sollte diesen Zustand korrigieren, sodass die Schweiz hier selber mehr eigenes Aufkommen hat, dann muss man bereit sein, auch B zu sagen und uns die erforderlichen Mittel geben. Nachrichtendienst ist sowieso ein Geschäft des Gebens und Nehmens. Wenn wir nichts zu geben hätten, dann müssten wir damit rechnen, dass wir Informationen nur dann bekommen, wenn es anderen dient. Nur aus Liebe zur Schweiz bekommen wir von anderen Ländern nicht jene Informationen, die wir brauchen. Sondern höchstens dann, wenn andere Länder denken, die Schweiz sollte jetzt diese Information bekommen. Also ist es eben wichtig – und das ist heute durchaus auch der Fall –, dass wir etwas zu bieten haben. Das ist für einen kleinen Dienst wie den NDB auch lebenswichtig. Aber gerade im Terrorbereich sind wir zusammen mit vielen anderen europäischen Diensten durchaus auch auf die Hilfe anderer angewiesen. Was nie das Thema ist, und das schwingt in Ihrer Frage auch mit, ist, dass wir Dinge, die wir selber nicht tun dürfen, auslagern würden. Das wäre eine Umgehung des Gesetzes und das geht nicht.

Ja, darauf wollten wir mit der Frage durchaus anspielen.

Diese Schlaumeiereien, wenn ich, weil ich in der Schweiz eine Person nicht abhören darf, einfach einen Kollegen im Ausland frage: «Könntest du das für mich machen?» Das wäre illegal. Das machen wir nicht. Und das wird auch kontrolliert. Das ist ein Anfängertrick. Die Aufsichtsverfahren tolerieren das nicht. Aber Sie können auch nicht erwarten, dass wenn eine Information kommt von einem ausländischen Partner, zum Beispiel eine Terrorwarnung, Ihnen die Quelle genannt wird. Sie können schon fragen, woher der Partnerdienst das weiss, wer Ihnen das gesagt hat, aber der Partnerdienst sagt Ihnen das nicht. Das sagen auch wir nicht. Quellen, Mittel und Methoden schützen alle Nachrichtendienste.

Vielleicht als naive Schlussfrage: Was kann denn der Schweizer NDB den Partnerdiensten in den USA geben?

(lacht). Das könnte ich Ihnen sagen, aber das werde ich nicht. Da gibt es durchaus Dinge, die wir zu bieten haben. Wir haben selbst grossen Ländern in manchen Themen etwas voraus. Oder wir sind da mindestens so kompetent, dass wir für ausländische Dienste ein geschätzter Partner sind.

*Interview: C. Nünlist / O. Thränert
Bern, 21. August 2015*